

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Nr. 206

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Wirkung der deutschen Note im Auslande.

Die Zurückweisung des deutschen Angebots in Paris.

Über einstimmende Ablehnung in der Presse. — Vor der Entscheidung des heutigen Ministerrats unter Millerands Vorsitz. — Telegramme unseres Korrespondenten Paul Block.

Paris, 3. Mai.

Der deutsche Vorschlag wird von den meisten Blättern als „vollständig unbrauchbar“ zurückgewiesen. Nur sehr wenige Blätter sprechen die Ansicht aus, daß trotz des „unzureichenden Inhalts“ und der „ungeklärten Form“ die Note als eine Grundlage zu Verhandlungen beachtet werden könne. Die Zeitung, die am ruhigsten urteilt, ist die „Revue“ von den deutschen Blättern am ehesten gerecht wird, ist das „L'Echo de Paris“, das am wenigsten Einfluß auf die französische Regierung und das Parlament hat: die „Humanité“. Diese Ablehnung war zu erwarten. Das abfällige Urteil über den deutschen Vorschlag durch die „Humanité“ ist ein wichtiger Beweis für die Unmöglichkeit der deutschen Politik. Die Erwartungen hinsichtlich und kann nur mit der Tendenz der französischen Politik übereinstimmen. Man kann nun wohl noch mehr daran zweifeln, daß die jetzige Regierung Frankreichs nicht verhandeln will, und daß Deutschland nur die Wahl hat zwischen einer Unterwerfung, die den Übergang bedeuten würde, oder der entschlossenen Fortsetzung des passiven Widerstandes bis zur Entscheidung zwischen Gewalt und Recht. Eine Zusammenfassung der in den heutigen Morgenblättern verzeichneten Urteile genügt, um diese Auffassung zu beweisen. Der „L'Echo de Paris“ selbst hat die Note erst gestern (2. Mai) veröffentlicht, da sie in deutscher Sprache bearbeitet wurde und erst überliefert werden mußte. Erst am heutigen Morgen als unannehmbar bezeichnet, bezieht sich aber ein abschließendes Urteil bis zur Beendigung des heutigen Ministerrats vor, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik über die Note beraten und die Art der Beantwortung bestimmen wird.

In der Umgebung Poincarés ist man etwas reiferer Meinung. Die von einem Beamten des Quai d'Orsay gegebene Erklärung lautet: „Die deutsche Note ist unannehmbar. Sie geht auf die klare Verneinung des Vertrages von Versailles aus (1), will eine Diskussion unter Gleichberechtigten und erkennt das Verhältnis zum Sieger zum Besiegten nicht an. Die Aufgabe der Reparationskommission soll durch einen internationalen Organismus erfüllt werden. Die Note geht nicht, ob die bisherigen 30 Milliarden abgezogen werden sollen. (2) Das das nicht der Fall ist, geht aus dem deutschen Vorschlag mit ungewöhnlicher Klarheit hervor. (3) Von den Kosten für die Besatzungsarmee wird ebenfalls nicht gesprochen. (4) Es heißt ausdrücklich in der Note, es sei „im Interesse der Anleihegläubiger notwendig, daß Deutschland von den jetzt noch auf ihm lastenden unproduktiven Ausgaben befreit“ werde. (5) Garantien kritisiert nicht mehr. Alle Sicherheiten für die Zukunft sind dem Zufall überlassen. Bei der Behandlung der Pfändersache zeigt die Reichsregierung, worauf es ihr hauptsächlich ankommt. Sie will die Aufhebung der Garantien und Sanktionen, die unsere einzige Sicherheit bilden. Das Reich will den passiven Widerstand nicht aufgeben und verlangt die baldige Räumung des Ruhrgebietes. Vielleicht werden die Neutralen sagen, es liege immerhin ein Angebot vor, das nicht wertlos sei. Für uns ist es völlig wertlos.“ Diese Worte bilden die Disposition für alle Betrachtungen der Presse. Der „Matin“ sagt, niemand habe sich vorstellen können, daß Deutschland sich über die wirkliche Lage so sehr täusche. Die moralischen Forderungen an den Sieger, die beinahe wie ein Ultimatum (!) klingen, machen an sich schon eine Diskussion unmöglich. Aber Deutschland biete auch keine materiellen Entschädigungen an, die irgendwie in Betracht kommen könnten. Sogar der Januarvorschlag sei wahrscheinlich besser gewesen, denn er enthielt bestimmte Garantien vor den deutschen Großindustriellen, die jetzt fehlen. Wenn Frankreich diesen Vorschlag auch nur eine Minute in Betracht ziehen wollte, würde das bereits Niederlage und vielleicht Ruin bedeuten. Der „Petit Parisien“ bemerkt hierzu: „Die Note bestätigt den ungünstigen Eindruck der vorbereitenden Andeutung.“ Das „Echo de Paris“ sagt, die Zukunft könne nicht zweifelhaft sein. Besonders heftig ist das „Journal“, das aus diesem „Klatschen und Schwandel“ die Konsequenzen ziehen will. Das „Echo National“ des Herrn Bardine sieht in dem deutschen Vorschlag eine „unverständliche Herausforderung“, die dem Ministerpräsidenten Poincaré zuzuschicken müsse, daß er ohne entschlossenes Vorgehen nicht gewinnen könne. Deutschland zerreißt den Vertrag von Versailles, ohne daß die Regierung die Macht habe, sich energisch zu widersetzen! Der „L'Echo de Paris“ sieht heute in der „Victoire“, dieser „lächerlichen“ Vorschlag müsse mit einem vernünftigen Urteil, zum Teil mit den gleichen Worten, in allen Zeitungen, vom „Gaulois“, der den Vorschlag einen „Schwundel“ nennt, bis zur „Republique Française“, die mit Triumphgeschrei erklärt, jetzt

Der Eindruck in England.

Ungünstige Londoner Pressestimmen.

Schwache Hoffnung auf Verhandlungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 3. Mai.

Man kann nicht sagen, daß das deutsche Angebot eine befriedigende Aufnahme in England gefunden hat. Auch die nicht unfeindlich gesinnten Blätter tabeln vor allem den Ton der Note, der unbestimmt und un diplomatisch sei. Den angebotenen Betrag nennt man zwar unbefriedigend; immerhin scheinen die Blätter zu glauben, daß man finanziell auf dieser Basis verhandeln könne. Als große Schwierigkeit wird übereinstimmend die Frage des passiven Widerstandes bezeichnet. Darüber, ob man mit dieser Note weiter gekommen sei, sind die Ansichten geteilt. An eine Verhandlungsbereitschaft Frankreichs glaubt niemand. Als selbstverständlich muß vorweg genommen werden, daß die „Daily Mail“ und die „Morning Post“ nur von „deutschen Unerschämtheiten“ sprechen. Deutschland hätte anbieten können, was es wollte, und die Antwort dieser Blätter wäre nicht anders ausgefallen. Deshalb haben ihre heutigen Leitartikel als kritische Würdigungen der deutschen Note nur geringe Bedeutung. Schwermüdigkeit ist das Urteil der „Times“. Die „Times“ finden, man könne nicht übertrifft sein, wenn dieses Angebot Frankreich nicht befriedige und es im Gegenteil mit noch mehr Mißtrauen erhalte. Das heißt, was Deutschland getan haben könnte, wäre die Aufgabe seines „sunlosen“ Widerstandes und das Eingehen in seiner Niederlage gewesen! Statt dessen ergehe sich die Note in einer unbrauchbaren Phrasologie, die die praktische Bedeutung des Angebotes ist nicht groß. Denn wer sollte Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen Geld leihen? Tropfen würden Frankreich und Belgien nicht gut tun, das Angebot summarisch abzulehnen. Die angebotenen Beträge ständen in einem gewissen Verhältnis zu der von Bosserau vorgeschlagenen Summe. Die Note enthalte einzelne Punkte, von denen ein „sachlicher Schritt“ zur Regelung der Reparationsfrage zu erhoffen sei. Einmal müsse Deutschland doch zu Verhandlungen über die Reparationsfrage zugelassen werden, und je früher das geschehe, desto besser. Auch der „Daily Telegraph“ tabelt die ungeschickte Formulierung der Note. Man habe die deutsche Regierung aus alliierten Kreisen den Rat erteilt, die Frage des passiven Widerstandes überhaupt nicht anzuschneiden und sie höchstens in ganz verhöhlender Weise zu behandeln. Statt dessen habe Deutschland, das die öffentliche Meinung der Länder wieder einmal mißverstehe, durch die Behandlung des passiven

Widerstandes die Hoffnung auf Erneuerung der Verhandlungen zerstört und die schon an sich verzweifelte Lage noch schlechter gemacht.

Paris, 3. Mai.

Die Aufnahme der deutschen Vorschläge in London war nach französischen Berichten nicht günstig. Am ausführlichsten schreibt darüber die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“, die zwar in englischer Sprache erscheint, aber französischer ist als die Franzosen. Der Berichterstatter dieses Blattes sagt: „Die Arbeiter sind enttäuscht und niedergedrückt, weil sie davon überzeugt sind, daß die Berliner Vorschläge von Frankreich verworfen werden und der Streit im Ruhrgebiet weiter gehen muß.“ Der Londoner Mitarbeiter des „Petit Parisien“ will von einer offiziellen Persönlichkeit erfahren haben, daß die englische Regierung die Forderung einer unmittelbaren Räumung des Ruhrgebietes für unannehmbar halte. Auch bleibe das deutsche Angebot weit hinter dem britischen Plan vom Januar zurück (?). In Lausanne sollen die Türken durch die Einstimmigkeit der französischen Ablehnung unangenehm überrascht worden sein, aber die deutschen Vorschläge und die Antwort der französischen Regierung würde auf die Verhandlungen in Lausanne keinen ungesägten Eindruck ausüben. Es sei nach dem besten Urteile unerschütterlich, daß Frankreich sich fest setze. Alle diese Meldungen französischer Blätter sind natürlich tendenziös und müssen deshalb mit den Mitteilungen aus deutschen und neutralen Quellen verglichen werden. Die beiden amerikanischen Zeitungen, die in Paris erscheinen, „New York Herald“ und „Chicago Tribune“, erhalten von ihren Londoner Korrespondenten Mitteilungen, welche die englische Stimmung anders schildern wie die französischen Informationen. Nach beiden Meldungen ist man in London zwar von der französischen Ablehnung überzeugt, hält aber die deutsche Note für einen geeigneten Ausgangspunkt zu Verhandlungen.

Gemeinsame französisch-belgische Antwort?

Geplante Konferenz in Brüssel.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 3. Mai.

Nur vor Beginn des Ministerrats wird erzählt, daß vielleicht am nächsten Montag eine Konferenz in Brüssel stattfinden werde, bei der die gemeinsame Antwort auf die deutsche Note festgestellt werden soll. Eine Entscheidung über diesen Gedanken wird aber erst in der Beratung der Minister getroffen werden. (Siehe auch Seite 2.)

müsse man erkennen, daß die Ruhrblockade „unvermeidlich und gerecht“ gewesen sei. Das ist die Meinung der ersten und bei weitem größten Gruppe der französischen Zeitungen. Diese Gruppe ist für bündige Ablehnung und rücksichtslosste Fortsetzung der Ruhraktion. Die zweite Gruppe wird von den Zeitungen gebildet, welche das Angebot gleichfalls für unmöglich halten, aber eine ausführliche Darstellung des französischen Standpunktes wünschen und darüber hinaus eine Fortsetzung der Diskussion für nicht ganz ausichtslos ansehen. Die wichtigste Zeitung dieser Kategorie ist das „Petit Journal“ Loucheur's, das mit dem Rat schließt: „Je weniger uns das deutsche Angebot genügen kann, desto notwendiger ist eine Erklärung der Alliierten über das Minimum ihrer Forderungen. Eine solche bestimmte und einige Erklärung würde sofort eine Wirkung in Deutschland haben. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, werden wir später sagen.“ Loucheur gibt also die Hoffnung nicht auf, England zu gewinnen. Auch Henry Bidou in „Figaro“ scheint der Meinung zu sein, daß noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Er glaubt, aus der Note herauszulesen, daß sie ein Produkt politischer Kompromisse sei, in dem vielleicht nicht einmal die Ansicht der ganzen Regierung zu Worte kommt. Die „Journé industrielle“ findet den Vorschlag „unwesentlich“, schließt aber aus dem Ton der Note, daß die „deutsche Arroganz nachzulassen“ beginne. Die „ère Nouvelle“ sagt, die Vorschläge Deutschlands seien für Frankreich leider keine Zäunung, aber für die französischen Demokraten doch eine Enttäuschung gewesen. Das wichtigste Problem, die Garantieforderung, sei ungelöst. Der Egoismus der deutschen Bankiers und Großindustriellen verhindere brauchbare Garantien und mache dadurch die Vorschläge wertlos. Es handle sich jetzt darum, zu wissen, ob diese Note das erste oder das letzte Wort Berlins sei. Keine französische Regierung könne dieses Angebot annehmen, aber Frankreich dürfe die Note als eine Verhandlungsbasis betrachten, ohne ihr Projekt aufzugeben. Es wäre un diplomatisch, eine unbillige Antwort zu geben und jede weitere Unterhaltung abzulehnen. (6) Frankreich dem Reich mit einem „Nein“ antwortete, müsse es sicher sein, daß dieses Nein auch von allen anderen Verbündeten ausgesprochen werde. Eine ganz ähnliche Meinung hat Robert de Jouvenel in „Leure“. Da dieses Blatt bisher am ehrlichsten für eine Politik der Mäßigung eintrat, wird es nicht ohne Interesse für die deutschen Anhänger einer Verständigung sein, zu vernehmen, was de Jouvenel als Minimum verlangt. Er schreibt: „Frankreich braucht für den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete eine Summe, die Poincaré

selbst auf 26 Milliarden berechnet hat. Die anderen Verbündeten, welche Zerstörungen erlitten haben (Belgien, Italien, Serbien, Rumänien) fordern Reparationen in der Höhe von 10 bis 14 Milliarden. Die Gesamtsumme der Alliierten fordert eine Summe, die ungefähr dem Betrage gleichkommt, der als Rest von den amerikanischen Forderungen an Europa übrig bleibt; die Summe, welche Deutschland zahlen soll, kann also überhaupt nicht bestimmt werden, ohne daß die endgültigen Forderungen Amerikas bekannt sind, zugleich mit den Möglichkeiten, diese Forderungen gegen andere aufzurechnen. Es ist deshalb notwendig, daß eine internationale Beratung herbeigeführt wird, welche über die Schuldbüchse Deutschlands und die notwendigen Garantien entscheidet, denn die Garantien — das Wichtigste — fehlen in dem neuen deutschen Vorschlag ganz. Die deutschen Vorschläge sind ungenügend, ungeschickt und zum Teil unverständlich (!), können aber noch Gelegenheit zu der großen internationalen Besprechung geben, die sich nicht länger vermeiden läßt. Wir dürfen die endgültige Lösung nicht länger hinausschieben. Wir müssen endlich den Frieden organisieren.“ Nach diesem Artikel einer Zeitung und eines Mannes, die beide in den letzten Wochen Beweise von Mäßigung gegeben haben, wird man in Deutschland erkennen, daß leider auch dort der Eindruck der deutschen Vorschläge nicht günstig ist. Ich persönlich habe gestern von einem Abgeordneten, der eine Verständigung wünscht, gehört, daß die Note in den radikalsten und sozialistischen Kreisen der Kammer enttäuschend werde. Man merke dem Dokument an, daß es ein Kompromiß zwischen Nationalisten und der Sozialdemokratie sein solle. Aber es werde wahrscheinlich weder die Rechte noch die Linke in Deutschland voll befriedigen. Der Kanzler Lugo hätte aus Gründen der inneren Politik vielleicht nicht weiter gehen können, aber er habe sein Angebot doch mit allzu vielen Bedingungen belastet. Auch dieser Politiker bedauert das Fehlen einer klaren und bindenden Verpflichtung der deutschen Großindustriellen und der Banken, die zur Befriedigung des Mißtrauens gegen den deutschen Zahlungswillen sehr viel beigetragen haben würde. Die Zeitung „Le Quotidien“ schreibt: „Wir haben gegen die Haltung der französischen Regierung und ihre Presse protestiert, die jeden deutschen Vorschlag ablehnte, ohne ihn zu kennen. Heute müssen wir ebenso energisch gegen das Angebot des Reiches protestieren. Dieses Angebot ist ungenügend in seinen Ziffern und Garantien. Es ist Henckels und Bluffs. Es soll nicht den Verhandlungen dienen, sondern der Propaganda.“

Die Anklage gegen die Krupp-Direktoren.

Verhandlungsbeginn morgen früh 9 Uhr.

Ein politischer Tendenzprozeß.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Werdn, 8. Mai.

Es steht nunmehr fest, daß der Krupp-Prozeß Freitag, morgens um 9 Uhr, beginnen wird. Die Vorgänge, die zu ihm geführt haben, sind allgemein bekannt. Eine französische Abteilung, elf Mann und ein Offizier, besetzten am Karfennabend um 7 Uhr morgens eine an der Altendorfer Straße liegende Automobilhalle der Firma Krupp, um eine Kommission zu erwarten, die dort Requisitionen vornehmen sollte. Kurz vor 9 Uhr waren die Sirenen in Bewegung gesetzt worden, worauf die Arbeiter der umliegenden Werkplätze auf die Altendorfer Straße strömten und den Ausgang von der Automobilhalle zur Altendorfer Straße unlagerten. Kurz darauf erschien die Kommission, fuhr aber angelehrt der verarmten Menge sofort wieder ab, kam auch nicht wieder. Zwei Stunden später fielen die Schüsse der französischen Mannschaften auf Kommando des französischen Offiziers. Das verhängnisvolle Gegenüberleben der Arbeiter und der Soldaten hatte mehr als zwei Stunden gedauert. In der Zwischenzeit war von Mitgliedern des Betriebsrats versucht worden, den Offizier zum Abzug zu veranlassen, der sicher aber an seinem Befehl gebunden erklärte. Den Schüssen fielen 12 Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge zum Opfer, ein dreizehnter starb an Herzlähmung infolge der Aufregung; außerdem gab es 33 Verwundete.

Die Anklage richtet sich gegen das Direktorium der Firma wegen Störung der öffentlichen Ordnung, die in dem Geben der Sirensignale erblickt wird, und wegen Komplotts, weil schon vor dem 31. Oktober der Beschluß gefaßt war, im Falle des Erscheinens französischer Truppen im Fabrikgebiet die Sirenen ertönen zu lassen. Am Ostermontag verhafteten die Franzosen die Vordirektoren Bruhn, Hartwig und Desterle. Gegen die Vordirektoren Bur und Schaeffer wird im Anwesenheit verhandelt. Ebenso gegen die Vorstandsmitglieder Gung und Schraepfer. Diese letzteren sind unter Anklage gestellt, weil sie mit dem Betriebsrat über die Sirensignale verhandelt haben und mit ihm den Beschluß faßten, die Sirenen in Tätigkeit zu setzen. Der für soziale und Arbeiterfragen zuständige Vordirektor Viehhaber besand sich zu dieser

Zeit auf Reisen. Am 1. Mai wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Krupp von Bohlen und Halbach verhaftet. Seine Verhaftung hat die Eingeweihten wohl nicht überrascht. In seinen Rechnungen hat er sich in eine Linie mit den verhafteten Direktoren gestellt.

Nicht in denselben sachlichen Kreis der gegen die Krupp-Direktoren erhobenen Anklage fallen die gegen das Betriebsratsmitglied Hans Müller und gegen den Leiter der Lehrlingswerkstätte Groß gerichteten Beschuldigungen. Die Anklage gegen Herrn Müller beruht wohl nur auf einem Mißverständnis des nicht Deutsch sprechenden französischen Offiziers, der die Rolle Müllers gegenüber der draußen harrenden Menge falsch aufgefaßt zu haben scheint. Herr Groß soll für die Lehrlinge verantwortlich sein, die sich an die kritische Stelle begaben. Er befindet sich nicht im Ruhrgebiet.

Das französische Recht kennt eine direkte Einwirkung der Verwaltungsbehörde auf die Gerichtsbarkeit. Dieser Rechtsauffassung muß man sich erinnern, angelehrt der oft diskutierten Frage, ob nicht das Urteil auf Pariser Weisung bereits fertig sei. Im ganzen ist die Beobachtung gemacht worden, daß die Kriegsgerichte im Rahmen allgemeiner Weisungen nach eigenem Ermessen urteilen. Vielleicht ist in diesem Falle die Angrenzungen enger bemessen. Die französische Öffentlichkeit hat unmittelbar nach dem schrecklichen Ereignis das Ganze zu einem diabolischen Unternehmen der Krupp-Direktoren Kempeln wollen, zu einem Theatervorgang, dem Menschenleben geopfert worden seien. Davon ist es stiller geworden. Einen politischen Einspruch behält der Prozeß trotzdem. Wie weit er reichen wird, darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen. Im Mittelpunkt dieses Prozesses steht eine Firma von Weltren, vor allem auf dem Gebiete der Maschinen, aber ihrer schöpferischen Leistungen in diesen vier letzten Friedensjahren sind vielleicht der bewundernswürdigste Teil ihrer Geschichte. Das außerordentliche Interesse, das die Welt den Verhandlungen in Werdn entgegenbringt, zeigt sich in dem Erscheinen einer außerordentlich großen Anzahl von Pressevertretern.

Der Prozeß beginnt morgen um 9 Uhr in dem hiesigen Theateraal in Werdn, einer der kleinen, hart arbeitenden und dennoch thätigen Industriestädte, an denen dieses Gebiet so reich ist. Die Besatzungsbehörde hat die Vorrichtungsarbeiten getroffen, bereits heute Truppenverpflichtungen nach Werdn zu ziehen und eine verstärkte Kontrolle einzurichten. Eine Beschränkung der Öffentlichkeit des Verfahrens ist nicht beabsichtigt.

Es wird nun zunächst darauf ankommen, welche praktischen Folgen die französische Regierung aus dieser übereinstimmenden Ablehnung zu ziehen gedenkt. Wird sie den deutschen Vorschlag einfach zurückweisen oder wird sie einen detaillierten Gegenorschlag aufstellen? Ueber diese Frage wird heute der Ministerrat zu entscheiden haben. Es wird behauptet, daß Poincaré selbst dafür sei, noch einmal eine klare Darstellung der Forderungen Frankreichs zu geben, und eine kurze und verständliche Zurückweisung, wie sie die extremen Nationalisten wünschen, für unpraktisch halte. Aber einige andere Minister und, nach allerdings unbelaugten Gerüchten, der Präsident der Republik selbst, sollen für eine schärfere Form der Ablehnung sein. Die belgische Regierung wünscht, nach den Informationen des „Echo de Paris“, eine ausführliche Antwort an Deutschland, ein vollständiges Programm. Die belgische Regierung ist auch, wie ich nach sicheren Mitteilungen hinzufügen kann, mit der bisherigen Verzögerung in der Ausarbeitung des französisch-belgischen Programms unzufrieden und wird wahrscheinlich diese Auffassung Herrn Poincarés zu erkennen gegeben haben. Die französische Regierung und die öffentliche Meinung Frankreichs arbeiten indessen gemeinsam darauf hin, die anderen Alliierten von jeder Neuerung zurückzuhalten, die ungefahr wie eine Ermächtigung Deutschlands aussehend könnte. Schon wird gemeldet, daß auch der erste Einmarsch in England unglücklich gewesen sei. Herr Bertin hat konstatiert mit Zufriedenheit: „Die Deutschen sind so ungeschickt gewesen, daß sie durch ihre Vorschläge auch nicht den geringsten Effekt erzielt haben.“ Daraus wird gefolgert, daß die kleinste Debatte über die Situation den Absichten der zur Verurteilung bereiten Vermittler nützlich werden könnte, was Bertin von seinem Standpunkt aus für ein großes Unglück hält. Die wesentliche Aufgabe der französischen Regierung sei es jetzt, das „deutsche Mandat“ so gleichmütig zu vereiteln. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß ihr das gelingen könnte, auch wenn Herr Poincaré wirklich schwanken würde, was noch keineswegs erwiesen ist. In zweifelhaften Fällen hat er noch stets den reaktionären Einflüssen nachgegeben.

Eine Havas-Note.

Paris, 3. Mai. (W. Z. B.)

Eine offenbar beeinflusste Mitteilung der Agentur Havas, in der ein einzelnes die deutschen Vorschläge analysiert und kritisiert werden, kommt zu folgendem Schluß: Die französische Regierung habe heute vormittag im Ministerrat über die deutsche Note beraten. Aber man könne schon jetzt versichern, daß die neuen Angebote als unannehmbar erschienen. Nach den ersten aus Brüssel vorliegenden Anzeichen würde übrigens diese Empfehlung von dem belgischen Kabinett vollkommen (?) geteilt. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die französischen und belgischen Minister zusammenkommen, um über die deutsche Note zu verhandeln; ebenso scheine es ein großer Teil der öffentlichen Meinung in England und ein großer Teil der italienischen Kreise die Berliner Vorschläge unglücklich aufzunehmen, die im allgemeinen als unglücklich beurteilt würden. Eine rasche Prüfung der deutschen Note genüge übrigens, um sofort den illusorischen Charakter hervortreten zu lassen. Die deutsche Note mache mit einem Wort tabula rasa mit dem Versailler Vertrag. Die Pariser und die Brüsseler Regierung würden sie gebührend beantworten, indem sie die Ausbeutung des Ruhrgebietes intensiver gestalten.

Weitere englische Stimmen.

„Kein Fortschritt.“

London, 3. Mai. (W. Z. B.)

Neuer erfährt: Zuständige britische Kreise sind nicht geneigt, sich über das neue deutsche Angebot zu äußern. Es liegt kein Anzeichen dafür vor, ob Großbritannien das Angebot als eine vernünftige Grundlage für eine Erörterung ansieht oder nicht. Die britische Regierung wird sich nach sorgfältiger Erwägung der Note mit der französischen, belgischen und italienischen Regierung in Verbindung setzen, um deren Auffassungen festzustellen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß Frankreich nicht sofort eine Erklärung abgibt.

Die heutige Morgenpresse veröffentlicht den vollen Wortlaut der deutschen Note. Alle Blätter nehmen in Leitartikeln dazu Stellung. Die Note wird von den meisten Blättern hauptsächlich wegen ihres Tones kritisiert. Der überwiegende Teil der Presse tritt jedoch dafür ein, die Note trotzdem zum Ausgangspunkt von Verhandlungen zu machen. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die deutsche Note sei geteilt in politischen Kreisen als genügend ernstes Angebot für die Regelung der Reparationen angesehen worden, um eine erwogene Erwiderung von Seiten der in Betracht kommenden Länder zu verdienen. Da sie an alle Alliierten gerichtet sei, so habe jeder der Alliierten das Recht, eine Ansicht auszubringen, und man könne mit Sicherheit vorhersagen, daß weder England noch Amerika die Note Deutschlands ohne weiteres zurückweisen werden.

Auch Italien werde wahrscheinlich die Gelegenheit ergreifen, um seine Ansichten bekanntzugeben. Belgien werde wahrscheinlich allem, was Frankreich sage, zustimmen, und geteilt werden nicht viel Hoffnung zu bestehen, daß die französische Regierung einen anderen Standpunkt als summarische Verwerfung annehmen werde. Der gestante Tenor der deutschen Note lasse darauf schließen, daß ihre Bedingungen eitellich sind und nicht unterbreitet wurden in irgend einem Gedanken, ein letztes Wort in dieser Frage zu sprechen. Die „Times“ meldet, in gut unterrichteten Kreisen in der City sei die deutsche Note begrüßt worden, weil sie, was auch immer ihre Aufnahme durch Frankreich sein mag, eine neue Lage in der Geschichte der Reparationsfrage schaffen müsse.

Der „Daily Herald“ überschreibt seinen Leitartikel mit den Worten: „Dem Frieden nicht näher“ und führt aus, leider zeigten die Franzosen, daß sie eine Regelung der Reparationsfrage gar nicht wollen. Es sei daher natürlich genug, obgleich zu gleicher Zeit bedauerlich, daß auch die Deutschen sich etwas aufs hohe gefaßt haben. Das Arbeiterblatt fährt fort: Wir wollen, daß Frankreich eine angemessene Summe für die Wiederherstellung der vernünftigen Gebiete erhält, aber unsere Sympathie gilt hauptsächlich den deutschen Arbeitern und ihren Frauen und Kindern, die eine so glänzende Entschlossenheit gezeigt haben, dem Militarismus nicht nachzugeben, die nicht allein Würde gezeigt haben, sondern Adel, und deren Opfer dauernd höher werden. In ihrem Interesse ebenso wie im Interesse der britischen Arbeiter, die erwerbslos sind wegen des ungeordneten Zustandes Europas fordern wir die Regierung dringend auf, eine Anstrengung zu machen, um die Parteien zusammenzubringen und einen Ausweg vorzuschlagen.“ „Daily Chronicle“ schreibt, der Wortlaut des deutschen Angebotes müßte von allen alliierten Ländern sorg-

fältig untersucht werden. Bevor eine Regelung erzielt und Deutschlands Mitwirkung gesichert sei, könnten die Alliierten nicht darauf rechnen, ihr Geld zu bekommen. Man lese aus den Erklärungen Poincarés und seiner Presse, daß es wenig Unterschied gemacht hätte, wie hoch die Summe ist, wenn nicht Deutschland bedingungslos den passiven Widerstand aufgibt. Es werde von Deutschland verlangt, sich selbst seiner letzten Waffen zu entäußern, bevor Frankreich mit ihm sprechen solle. Es gäbe niemand in der City, der die Schwierigkeiten kenne, und bereit sei zu sagen, wieviel Deutschland bezahlen könne und daher habe wenig Neigung, über den in der deutschen Note erwähnten Betrag zu spötteln. Das Hauptmerkmal der deutschen Note und das Merkmal, dem die City die meiste Bedeutung beimesse, sei Deutschlands Angebot, die Frage, was es zahlen könne, dem Urteil eines Welttribunals zu unterbreiten. Das deutsche Angebot schneide in einem Vergleich mit Bonar Law's Plan nicht gut ab, und die sachverständige Ansicht gehe bestimmt dahin, daß ein Moratorium notwendig sei, damit Deutschland in der Lage sei, seine Finanzen zu reformieren und die Währung zu stabilisieren; denn bevor der deutsche Kredit wieder hergestellt sei, sei es natürlich unmöglich, für Deutschland Anleihen im In- oder Ausland aufzubringen. Eine Stabilisierung könne nicht stattfinden, solange das Herz des deutschen industriellen Lebens, nämlich das Ruhrgebiet, vom Hauptkörper des deutschen Systems abgeschnitten sei. Eine Hilfe von Seiten Amerikas, dessen Teilnahme für die Erhebung großer Beträge wesentlich sei, könne nicht erwartet werden, bevor angemessene Sicherheiten für die deutschen Anleihen beschafft und die Politik der Sanktionen aufgegeben wird.

Der „Daily Telegraph“ schreibt, man habe gehofft, daß die deutsche Note wenigstens einen Schritt in Richtung einer Regelung darstellen werde, und man sei bereit gewesen, sie fair und aufmerksam zu prüfen, wie man es auch jetzt tun werde, aber was könne man anders von diesem Ereignis sagen, als daß es überhaupt keinen Fortschritt in Richtung des erwünschten Ziels darstelle und dazu geeignet sei, eine moralische Lage, die bereits verweirft genug sei, noch schlimmer zu machen. Die Unterbreitung eines Angebots an sich habe bereits unter den gegebenen Umständen einen Akt der Lebergabe bedeutet (?), und wenn schon einmal eine Lebergabe sein sollte, so hätte die Note mindestens derart sein müssen, daß sie eine gewisse Aussicht auf Erreichung des Zweckes schaffe. Das Blatt kommt zu dem Schluß, es sei seinerlei Hoffnung auf eine Erneuerung der Verhandlungen auf der in der deutschen Note niedergelegten Grundlage zu erblicken.

„Enttäuschung“ in Brüssel.

Jedoch: „keine einfache Verwerfung“. — Vorherige Verurteilung mit Frankreich.

Brüssel, 3. Mai. (W. Z. B.)

Die „Globe Belge“ sagt, die deutschen Vorschläge verurteilten in amtlichen Kreisen Enttäuschung. Die Regierung werde sich nach Kenntnisnahme mit der französischen Regierung über die zu erzielende Antwort ins Einvernehmen setzen, und zwar würden die belgischen und französischen Minister wahrscheinlich in Brüssel nach der Abreise des spanischen Königspaares zusammenkommen. In amtlichen Kreisen würde das deutsche Angebot als völlig ungenügend betrachtet.

Amsterdam, 3. Mai. (W. Z. B.)

Der Brüsseler Korrespondent des „Telegraph“ meldet, er habe gestern abend eine Unterhaltung mit Persönlichkeiten aus ministeriellen Kreisen gehabt. Wenn man sich auch begrifflichweise noch nicht endgültig geäußert habe, so könne doch gesagt werden, daß die deutsche Note in Brüssel enttäuscht habe. Man lese ein, daß die Regierung, wenn erhebliche Schwierigkeiten überwinden müsse, und daß sie einen Versuch in diesem Sinne gemacht habe. Inzwischen befindet sich Belgien, welches auf die Reparationen warte, genau so in Schwierigkeiten wie Deutschland. Der Bericht fährt fort: Die Note wird für unbefriedigend erachtet. Die belgische Regierung ist aber der Ansicht, daß die Note nicht einfach und ohne weiteres verworfen werden sollte. Sie hat den Wunsch, dies in Hebereinkunft mit der französischen Regierung zu unternehmen, damit durch die zu erzielende Antwort die öffentliche Meinung der Welt die Gründe deutlich erkennt, aus denen die Note nicht angenommen werden konnte. Die französischen und belgischen Minister werden,

um zu einer Hebereinkunft bezüglich der Antwort zu gelangen, höchstwahrscheinlich in Brüssel zusammenkommen.“

Zurückhaltung in Washington.

London, 3. Mai. (W. Z. B.)

Kreier meldet aus Washington: Es besteht kein Anzeichen dafür, daß das Staatsdepartement beabsichtigt, eine Erklärung über die deutsche Note abzugeben, die sehr sorgfältig geprüft werden wird. Die Beamten des Staatsdepartements betonen, daß die Vereinigten Staaten keinen Anteil an den europäischen Reparationen haben. Infolgedessen sei es irrig zu glauben, daß die amerikanische Regierung durch Deutschlands letzten Schritt direkt berührt werde. In einigen Kreisen wird Benutzung darüber ausgedrückt, daß der Vorstoß betreffend Ernennung einer unparteiischen Kommission von Wirtschaftssachverständigen zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit erneuert worden ist.

Die Reise Bonar Law's.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 2. Mai.

Bonar Law ist gestern von Southampton auf dem holländischen Dampfer „Princes Juliana“ in Begleitung seines Sohnes abgefahren. Der Dampfer wird Algier anlaufen und am 9. Mai in Genua eintreffen.

Das neue Ministerium Paschitsch.

Ein rein radikales Arbeitskabinett.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 2. Mai.

Mit der Bildung eines homogenen, radikalen Arbeitskabinetts unter Paschitschs Präsidium wurde die dortige Ministerkrise heute beendet. Außer dem Gesundheitsminister Omorowitsch, dem Handelsminister Scheritsch, dem Landwirtschaftsminister Subilo und dem Minister ohne Portfeuille Schupanitsch verblieben alle bisherigen Minister im neuen Kabinett auf ihren Posten. Die Parlamentstätigkeit wird nach einigen Tagen fortgesetzt.

Mussolini und der Parlamentarismus.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 3. Mai.

Im Ministerrat erklärte Mussolini: „Die sozialistische Regierung hatte niemals die Absicht, die Verfassung und die parlamentarischen Einrichtungen anzugreifen oder gar zu zerstören.“ Diese Worte Mussolinis werden durch den plötzlichen Austritt des Staatssekretärs Deveschi ergänzt, der neulich in Lurii eine merkwürdige Rede hielt. Deveschi sagte, eine halbe Stunde Belagerungszustand und eine halbe Minute Schnellfeuer würden eventuell genügen, um in Italien Ordnung zu schaffen. Deveschi's Rede erregte überall peinliches Aufsehen, so daß Mussolinis getrigge Erklärung im Ministerrat als die unmittelbare Folge dieser Rede erscheint. Mussolini nahm Deveschi's Demission an und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Deveschi als Generalkommandant der faschistischen Nationalmiliz fortfahren werde, nützliche Dienste zu leisten.

Englische und französische Militärs in Rumänien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 3. Mai.

Aus Bukarest wird gemeldet: Seit acht Tagen bereitet eine englische Militärkommission Altruamanien. Der Führer der Mission ist Feldmarschall French, der die Raketen in Bukarest, Jassy und Kischineu, sowie die Dnepr-Grenze besichtigt. Gestern ist hier auch eine französische Militärkommission, bestehend aus einem General und mehreren Stabsoffizieren, eingetroffen, die gleichfalls Inspektionen vornehmen wird, um dann von Jassy ebenfalls nach der Dnepr-Grenze zu reisen.

Ein befrachter Verleumder.

5000 Mark Geldstrafe.

Wegen Verleumdung des Oberpräsidenten Dr. Herbst wurde von der Strafkammer in Elbing in der Berufungssitzung der dortige Badermeister Fritz Wigowski zu einer Geldstrafe von 5000 Mark oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt. Die dabei zur Verhandlung gebrachten Vorfälle gingen zusammen mit der deutsch-nationalen Anfrage im preussischen Landtag vom Mai 1922, in dem Oberpräsidentat vorgenommen war, er hätte eine Dienstreise nach Elbing und das Dienstaufgebot, um nebenbei in Elbing Gelder für die Demokratische Partei zu sammeln. Antiklich war damals durch den preussischen Freisinnigen eingeleitete Klärung gegeben und die genaue Feststellung, daß es sich bei der ganzen Sache um eine Person in der Verleumdung handelte. Trotz dieser amtlichen Klärung, die auch in der „Elbinger Zeitung“ erschien, hatte Wigowski auch weiterhin noch im Elbinger Innungs- aussschuß die gleiche Behauptung verbreitet. In einer früheren Schöffengerichtssitzung war er aus § 193 des Strafgesetzbuches freigesprochen worden, die Staatsanwaltschaft hatte jedoch Berufung eingelegt, und der Oberpräsident hatte sich als Nebenkläger angeschlossen. In der jetzigen Verhandlung redete sich der Angeklagte damit heraus, er habe jene amtliche Berichtigung in der „Elbinger Zeitung“ nicht gelesen. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß der Angeklagte selbst zugab, er habe jene amtliche Berichtigung in der „Elbinger Zeitung“ gelesen, und daß er ein besonderes Interesse daran gehabt hätte, den Fortgang der Sache zu verfolgen. Die Strafkammer billigte ihm nicht die Wahrnehmung berechtigter Interessen zu, da es ihm nur darauf ankam, den Oberpräsidenten und seinen ersten Beamten, den Oberpräsidenten, als Vertreter des von ihm in seiner heutigen Form abgeleiteten Staates herabzusetzen. 5000 Mark sind freilich eine herzlich geringe Strafe bei der heutigen Geldentwertung, zumal wenn man sich daran erinnert, daß der preussische Innenminister in seiner Antwort auf die wiederholte deutsch-nationale Anfrage erklärt hat, infolge der Hebe, die nach dieser Verleumdung gegen den Oberpräsidenten betrieben worden sei, habe die Staatsanwaltschaft einen faum mehr gutzumachenden Schaden erlitten.

„Hier darf nicht gelacht werden!“

(Von unserem Korrespondenten.)

o Aus dem Ruhrgebiet, Anfang Mai.

Die traurigen Ereignisse, welche sich im besetzten Gebiete Westdeutschlands tagtäglich abspielen, kommen nur zum geringen Teile in der Öffentlichkeit. Die beteiligten Personen leben vielfach so sehr unter Transparenz, daß sie gar nicht daran denken, ihre Gräueltaten der Presse mitzuteilen, zum anderen Teil leiden im besetzten Gebiete die Presse selbst unter solchen Gewaltmaßnahmen, daß sie gar nicht mehr in der Lage ist, die volle Wahrheit zu verkünden. An einem kleinen Beispiel, das ich am Sonnabend, den 28. April, selbst miterlebt habe, will ich zeigen, wie herrlich weit wir gekommen sind. Ein Zeitungsverkäufer und ein Kaufmann, früher aktiver Hauptmann, trafen sich zufällig am Sonnabend auf dem von den Franzosen besetzten Bahnhof Scharnhorst vor Dortmund. Alle Weisungen mußten zwecks Revision ausbleiben. Die beiden Herren, welche einige Tage vorher eine Wette eingegangen waren, freuten sich über ihr Wiedersehen und lachten herzlich. Ein revidierender französischer Gendarm nahm das fröhlich und herzhalt die beiden Herren mit den Worten an: „In Scharnhorst darf nicht gelacht werden.“ Sie bleiben hier und steigen nicht wieder ein.“ Die beiden also angebeteten Herren waren verärgert und wollten den Sachverhalt aufklären, aber es wurde ihnen in barmherziger Zone erwidert: „Hier wird nicht gelacht, sonst bringe ich sie hin, wo Sie nichts zu lachen haben werden.“ Anzusehen war die Gattin des einen beteiligten Herren, die abgefertigt und wieder in das Abteil gestiegen war, wieder aussteigen. Auch sie wurde angefahren: „Warum steigen Sie aus? Sofort wieder herein!“ Wenige Augenblicke, bevor der Zug abfahren wollte, erlaubte dann

Vom Braunschweiger Landestheater.

Ein zufälliger Aufenthalt in dem architektonisch so interessanten Braunschweig hat mich Gelegenheit, einen Einblick in den Betrieb der dortigen Opernhalle zu tun. Der Besuch des hübschen, angelegentlich wirkenden Theaters aus der herzoglichen Glanzzeit lockte mich so sehr, als gerade das Wert eines mittlen in Berliner Leben fehlenden Aufstiegs: „Der späte Gast“ von Ignaz Waghalter zur Aufführung gelangte. Der 1. Mai hatte mit fargem Sonnenschein begonnen, um wie die Vortage im Regen zu enden; aber das Haus war wie alabendlich, bei gutem und schlechtem Wetter, gefüllt, und ein frohgelachtes Publikum, das der Vorstellung mit Beifall folgte, unterließ sich vortrefflich. Am Schluß wurde Waghalter mit seinem Interpreten unzählige Male gerufen. Wie ich mir sagen ließ, war es für Braunschweig sogar eine besonders warme Aufnahme.

Das Buch stammt aus der Feder Rudolf Pressers und Leo Walter Steins. Die ziemlich verwickelte Geschichte spielt in der russischen Vergangenheit und ist von jener Art Romanistik, die an die älteren Epochen der Franzosen (Weiße Dame, Mädchen des Grenitien, Gloden von Cornville) erinnert. Als Requisiten aus der dramatischen Kumpelkammer das spukhafte Schloß, die in ihren Reden bedrohte Erbin, die intrigierende Sippschaft, der durch einen Eid gebundene stumme Diener, der des Geheimnis hütet, und der ewalerekte Ketter in Teufelskesselt (der „späte Gast“), der das gute Ende herbeiführt und die Hand der recht-mäßigen Schloßherrin gewinnt. Nur daß vom zweiten Akt ab sich alles in Operentente verliert. Die Verfasser nennen ihr Stück wohlweislich „Operette“. Was mich daran interessiert, ist der Versuch, der heutigen sogenannten Operette etwas Besseres entgegenzusetzen, der tragisch tiefer sinkenden Stimmung wieder auf die Beine zu helfen. Die leichte, obzöne Schlägeroperette mit ihrem ewigen und gerade darum beliebten Eroselie wird zwar, vorläufig wenigstens, von den Großstadttheatern mit ihren Serieworstellungen nicht zu verdrängen sein. Aber die Stadttheater mit wechselndem Spielplan sollten nicht nötig haben, nach solchen Modewerken zu greifen und ihre Erfolge auszumachen. Ihnen ist hier ein Weg gewiesen, auf dem vielleicht der Anschluß an die frühere, wertvollere und echte Operette wieder erreicht werden kann.

Das Hauptverdienst an diesem Versuch hat der Komponist. Auch er knüpfte absichtlich an bessere Traditionen, an den Stil Planquites, Anous, Müllers an. Nur wenigstens macht Konzeptionen an der heutigen Gesimad. Vor allem besteht seine Musik nicht aus „Königen“, sondern entspringt durchweg der Handlung und ihren Situationen. Ein hübscher Walzer, ein Duett in russischer Rhyth-

ber französische Gendarm „gnädigt“, daß die beiden Herren doch einsteigen und weiterfahren konnten. — So der wachheitgetreue Sachverhalt einer Szene, die sich am Sonnabend in Scharnhorst zutrug. Über Konstanter ist überflüssig.

Französischer Raubzug in Trier.

„Requisition“ von Wohnungseinrichtungen. (Von unserem Korrespondenten.)

9 Trier, 8. Mai.

Die französische Soldateska tritt immer schamloser und rücksichtsloser auf. Vor einigen Tagen stellte die Militärbehörde an die Stadtverwaltung das Ansuchen, für etwa 250 Wohnungen die Einrichtung zu Requisitionen über. Unter starker militärischer Bedeckung führten Lastautos vor den Wohnungen der besser situierten Bürger vor und schlepten an Möbeln und Wäsche fort, was ihnen paßte. — Ebenso wurde die im Zivilisino aufbewahrten Möbel der vertriebenen Eigenbauer auf sechs Lastwagen fortgeschleppt. Für die Rückführung von Möbeln verlangen die Franzosen jetzt ebenfalls einen Zoll von 10 Prozent des Wertes. Dieser Zoll kann bei ausgewiesenen Familien auf Antrag vom Auszubau in Einm. erlassen werden, eine Bestimmung, die ohne praktischen Wert ist, da kein Deutscher sich an diese französische Behörde wendet. — Durch Anzeigen in den Zeitungen sucht die französisch-besetzte Eisenbahngesellschaft Handwerker zum Reparieren von Lokomotiven und Eisenbahnen, ein vergebliches Unternehmen.

Die Stimmung der Rheinlande.

Ein neues Treugelöbnis.

8 AIn, 8. Mai. (W. I. B.)

Die Zentrumspartei, die Vereinigte sozialdemokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutschdemokratische Partei, die Baderische Volkspartei, der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund (freie Gewerkschaft), der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich), der Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände (christlich), der Deutsche Beamtenbund, Landesverband Rheinland, Verband rheinischer Industrieller, die Interessengemeinschaft rheinischer Arbeitgebernverbände, der Einzelhandelsverband für das besetzte Gebiet, die vereinigten rheinischen Bauernvereine, der rheinische Handwerkerbund, der katholische Deutsche Frauenbund, der Verband evangelischer Frauenvereine und der Verband jüdischer Frauenvereine veröffentlichen folgenden Aufruf:

„Der Druck, der auf den Rändern am Rhein liegt, wird von Tag zu Tag stärker. Er mag sich zu noch härteren Formen steigern, wir werden in der Treue zu dem deutschen Volke und Vaterlande nicht wanken. Die ungeheuren Kosten des Friedensbittates und der Befehung haben wir vier Jahre lang getragen in der Hoffnung, dadurch zur Ruhe, zum Frieden und zu unserem Recht zu gelangen. Aber“ darum geht es den französischen Machthabern nicht. Die führenden Staatsmänner dreier Nationen, die das Friedensbittat mitgeschaffen haben, Lloyd George, Kitti und jetzt auch Wilson, haben es vor aller Welt klargestellt, daß die französische Politik ihr seit langen Jahrhunderten verfolgtes Ziel, die Rheinlande zu vernehmen, mit allen Mitteln weiter verfolgt. Auch der Letzte an Rhein, Ruhr und Saar weiß, worum es geht. Das gesamte rheinische Volk erhebt demgegenüber vor aller Welt in feierlichem Ernst: Niemals lassen wir eine fremde Macht über das Recht und die Verfassung unserer Rheinlande entscheiden. Wir danken der Reichsregierung und dem Reichstage für die bestimmte und ungedeutete Erklärung, jede Einmischung in die Verfassung des Reiches und der Länder von außen her mit äußerster Schärfe abzuwehren. Wir sehen in allen den fremden Plänen, auch in der Schöpfung einer westrheinschen Republik, nur den Anfang der Zerschlagung von Reich, die nur von ganz vereinigten, erhabendsten Menschen geleitet wird, die jede Nation von Egre vor sich weisen muß. Wir fündigen solchen Verdrungen den geschlossenen und schärfsten Widerstand des rheinischen Volkes an. In diesem Widerlande werden wir nicht erlahmen. Wir wissen, daß die ganze deutsche Nation einstimmig hinter uns steht.“

mus mit anschließendem Tanz der wiederholt werden mußte), ein flottes Quartett, ein gut gebautes Finale, das die Themen sinnvoll verwendet, und ein charakteristisches Teufelslied sind besonders zu nennen. Aber stärker als die Erfindung ist die künstlerische Solidität der Partitur. Man merkt auch in der leichten Unterhaltung dieses harmlosen Stückes den überlegenen Musiker und freut sich der sicheren Faktur, der lauberen, oft originellen und außerordentlich gut klingenden Instrumentation.

An der Spitze des Braunschweiger Landestheaters steht jetzt ein Mann, den wir vom Charlottenburger Opernhaus her kennen: Dr. Hans Kaufmann. Er scheint in seiner ruhigen Weise befehlen, mannde verworrenen Verhältnisse der Zeit zu führen und auch auf anderen Gebieten seine Wärme liebt, aber mit geschäftiger Hand einer idealen Kunstpflege entgegenzuführen. Die Art, mit seinem Personal zu arbeiten, die sichere Einstudierung und geschmackvolle Angliederung des Wertes machten günstigen Eindruck. Die Ausführenden, die stimmgebende, sympathische Votte Hornmann, die für eine Subtrentrolle wirksam eintretende Käthe Fenne, Erich Zimmermann, ein vielversprechender Tenorbuffo, der spiegelwandte Bariton Thilo Frorath, ferner Josef v. Worn, als Schauspielerin uns wohlbekannt, Lorenz Corbinus, einst geschätzter Bassist am Theater des Westens, der Dirigent Dr. Werner, der Regisseur Benno Noeldecken und alle anderen hatten teil am Gelingen und am Erfolge des Abends. Am schwächsten ist es um den wenig disziplinierten Chor bestellt; dagegen bewährte sich das Orchester als eine sehr tüchtige Musiker.

Dr. Leopold Schmidt.

7b Der Theaterverein „Max Reinhardt“ hat, wie mitgeteilt, zugunsten Georg Meiners einen Abend veranstaltet, der nach der künstlerischen und nach der finanziellen Seite einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Nicht Werkmeister und Fritz Hirsh vom Staatstheater, Karl Giering, Kest Sanger und der Flötenvirtuose Widstein hatten sich in den Dienst der guten Sache gestellt.

7c Theaterchronik. Im Neuen-Volkstheater sind bei der heute stattfindenden Premiere von Schmidbotts „Richt nach Ordlid“ in namhaften Rollen beschäftigt die Damen Bahr und Frink sowie die Herren Wern, Bitt, Zomin, Haben, Müller und Stiel.

In der Großen Volksoper beginnt am kommenden Freitag, 4. Mai, Kammerleiter Ester Kaldy, der erste Selbentor der böhmischen Oper in Stockholm, sein auf mehrere Abende berechnetes Gastspiel als Siedmann in „Wallfüre“.

Die Ausstellung des staatlichen Bauhauses in Weimar findet von Mitte Juli bis Ende September statt.

7d Eine Liebermann-Erwerbung der Berliner Nationalgalerie. Der Liebermann-Saal im Kronprinzenpalais, in der neueren Abteilung der Berliner Nationalgalerie, hat jetzt eine schöne Bereicherung erhalten: die Galerie hat das Bild der freitumde der Amsterdamer Waisenmädchen erworben, das früher im Besitz Wilhelm v. Bode war.

Die Soldatenspielererei der Nationalsozialisten. Eine politische Gefahr.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ München, 8. Mai.

Die Bahrische Volkspartei hat im Landtag eine Interpellation wegen der Teilnahme von Mittelstücken an der bewaffneten Segenaktion der Hitlerischen Kampfverbände gegen die Arbeiter eingebracht. Nach Angabe der „Münchener Post“ hatten die Nationalsozialisten ihr erstes Regiment in Stärke von 10000 Mann alarmiert. Unter den von auswärts hinzugezogenen sollen sich auch einzelne Reichswehrangehörige befunden haben. Das sozialdemokratische Blatt teilt mit: „Die Ausrüstung der Mannschaften war durchaus militärisch. Sie waren in Züge wie bei der Truppe aufgestellt. Jeder einzelne Mann der Sturmtruppen hatte ein modernes Infanteriegewehr, ferner Patronentaschen und Stupaerriegel. Auch Handgranatenabteilungen waren aufgestellt. Jeder Mann hatte drei Handgranaten am Gürtel und war außerdem mit einer Pistole ausgerüstet. Schwere und leichte Maschinengewehre sowie Maschinengewehre waren reichlich vorhanden. Sogar eine Batterie leichter Zwölfgenerimeter-Feldgeschütze war hinter einer Baumgruppe aufgestellt, mit der Zielrichtung auf die Arbeiterstadt hinter der Dörfchen-Weise. Auch Flieger waren bereit für die Flugblätter in Ballen aufgestapelt worden. Ebenso waren Handflüsseln vorgelegen, offenbar für den Fall, daß Gefangene gemacht wurden. Die militärische Überleitung lag bei Hauptmann Gehring, der den Pour le mérite trug.“

Die Frage nach der Herkunft der Waffen beantwortete eine Mitteilung, die das sozialdemokratische Blatt als „absolut verbürgt“ bezeichnet. „In den frühen Morgenstunden sammelten sich die Sturmtruppen bei Oberwiesenthal und waren bis 9 Uhr früh im Besitz der Batterie und Maschinengewehre der Reichswehr, die anstandslos an sie abgegeben wurden. Oberst Panzer verhandelte dann mit Siller und seinem Stabe. Die Verhandlungen dauerten bis Mittag. Die auswärtige Reichswehr hatte bereits Oberwiesenthal gegen die Stadt zu besetzt, so daß nur noch ein Ausweg nach dem Würmtal freiblieb, wofür die Hitlerleute unter Zurücklassung der Artillerie und Maschinengewehre abmarschierten. Nachmittags bis gegen 4 Uhr fand eine Aufnahmestellung im Englischen Garten. Umgefahr 2500 Mann, bewaffnet zum Teil mit Seitengewehren, mit Parabellumpistolen und Brownings, unter den Mänteln waren Stielhandgranaten sichtbar. Als Kopfbedeckung trugen sie den Stahlhelm. Der Abmarsch erfolgte zwischen 4 und 6 Uhr. Der Bund Oberland sandte aus Töls ein Artilleriegeschütz nach München. Es war an ein Lastauto gebunden. Das Geschütz wurde von der Münchener Schutzmannschaft beschlagnahmt. Mit dem Lastauto wurden 90 Gewehre, sechs Rifen und 30 Stück Stielhandgranaten gefördert. Die Besiedlung wurde polizeilich interniert.“

Politische Tageschau.

* Wie wir hören, wird der Reichskanzler von seinem Urlaub am Montag wieder nach Berlin zurückkehren.

* Der Oberpräsident von Hannover, Roose, wollte, wie unser Dresden-Korrespondent meldet, gestern in Dresden und hatte dem kassischen Finanzminister Held einen Besuch ab. Es wurden dabei wirtschaftliche und politische Fragen erörtert.

* Die Reichstagsfraktion der Demokraten hielt heute mittag eine Sitzung ab, in der sie sich mit der Frage der Verfassungs-freiheit und der heute im Plenum des Reichstags zur Besprechung kommenden Interpellation der Deutschnationalen über die Aufhebung des Verbots der Deutschvölkischen Freiheitspartei beschäftigte.

* Der demokratische Beamtenrat, der am 5. und 6. Mai im Reichstag stattfand, hat eine reichhaltige Tagesordnung. Neben der „Demokratisierung der Verwaltung“ sprechen Senatspräsident Dr. Gropmann und Oberregierungssekretär Hesse, über „Der Reichstag und das Beamtenverhältnis“, Reichstagsabgeordneter Schult, über „Die Sozialbeamten als Glied der Volkswirtschaft“, Adele Friedländer. In der vertraulichen Sitzung am 5. haben neben den gesellschaftlichen Fragen ebenfalls Demokratisierung der Verwaltung (Einzelheiten), die Verteilung zu den Reichs- und Landtagswahlen, die Lage im neubesetzten Gebiet (Berichte der Reichsbelegierten) und Anträge zur Debatte.

Romische Oper.

„Der Gaukelförög.“

K. W. Der Schauspieler Camillo, Mitglied einer wandernden Komödiantentruppe, hat zufällig eine große Bekanntheit mit dem jungen regierenden König, und demnach mit seinen Genossen als ver-leideter Hofnaid diese Rolle auch zeitweise in der Öffentlichkeit glänzend durchzuführen. Welch seine Ironie auf das Verhältnis von Talent zum angeborenen Gottesgnadentum! Die Komödie wird inszeniert von dem Grafen Boris, weil er seine nach der Königsnone eheliche Jugendliebe, die Countine und Prinzessin Isolante nicht verlieren will. Mit viel Geschick haben die Regisseure Presser, Stein und Zerlett den Anoten des Kunstfests gekürzt, denn die Gaukler kommt natürlich als Tagesstild, und die beleidigte Thronwüde verlangt die Strenge des Geheißes. Aber der König hat wirklich die Anlagen zur menschlichen Großzügigkeit. Er erhebt seinen talentvollen Doppelgänger aus dem Hungerdasein des Schmeichlertums in das Ansehen der Hoföhne und befreit seinen Wdantanten Boris leuselig mit sofortiger Heirat und einer dreißigendlichen Hochzeitsreise. Abgesehen von dem etwas konventionellen Abschluß ist der „Gaukelförög“ in dramatischem Aufbau und in der vornehmen, aber treffenden Stilifizierung der Hof- und Schauspieler-typen als ein über dem üblichen Durchschnitt stehendes Operettbuch anzusehen.

Auch die Musik von Jean Gilbert gehört nicht zu billigen Marktware, sie enthält neben dem einmal immer gewöhnlichen Tanz-schlager auch Stellen von höherem Kunstwert und vertritt im ganzen den großen Reiz von Gefühls- und stilistischem Feingehühl.

Bei der Aufführung hielten sich die Mitwirkenden auf einer künstlerisch vornehmen Höhe der Darstellung, vornehmlich Lieber-treibungen waren vermieden. Charlotte Boerner wirkte echt als Prinzessin und Liebende Weib, Mizzi Metella gab eine junge verliebte Schauspielerin von charmanter Naivität des Empfindens. Für die Doppelrolle Schauspieler und König fand Harald Paulsen sowohl die erforderliche königliche Würde als auch die unbefangene Natürlichkeit des Künstlerturns. Ausgezeichnet in Waise und Spiel waren die dagierenden Schauspieler mit Franz Groh als Marnus Strudel an der Spitze, desgleichen interessierten Arthur Aikenmacher (Graf Boris) und Hans Stod (Fürst Stefan) durch die gelungene Wiedergabe eleganter Schönen. Es war recht und billig, daß neben den erfolgreichen Autoren und Hauptdarstellern auch der verbienvolle Dirigent Paul Weiner mit lebhaftem Beifall bedacht wurde.

* Die Wiederholung der 9. Mahler-Sinfonie unter Leitung von Werner Wolff findet heute abend, 8 Uhr, in der Hofkapelle statt.

